

Armut und Reichtum in Kärnten

Andreas Höferl, Barbara Hauenschild
Wien, Dezember 2007

INHALTSÜBERSICHT:

Einleitung	3
Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	3
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	5
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	8
Bildung verringert das Armutsrisiko	9
Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt	10
Über 23.000 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet.....	11
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko.....	12
Etwa 13.000 armutsgefährdete MigrantInnen	14
Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich.....	14
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung	15
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	16
Wohnkosten in Kärnten	18
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	19
Armut ist ein Gesundheitsrisiko	19
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	20
Reichtum nimmt auch in Kärnten zu	26
Zusammenfassung.....	31
Quellenhinweise:	33

Einleitung

Mit der Armutsgefährdungsquote von etwa 12,5% lag Österreich 2005 im europäischen Vergleich relativ gut. Dennoch sind die Armutsgefährdungsquoten vor allem in den skandinavischen Ländern deutlich unter dem österreichischen Niveau.

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Österreich. Neben dem allgemeinen Konzept der Einkommensmessung für Armutsgefährdung versuchen wir dabei auch andere einflussreiche Indikatoren, vor allem die individuell unterschiedliche Kostenstruktur, mit einzubeziehen.

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der etwa alle zwei Jahre erscheinende „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2005) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Tab. 1: Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2005³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.796	900	771
1 Erwachsener und 1 Kind	14.034	1.170	1.002
2 Erwachsene	16.193	1.349	1.157
2 Erwachsener und 1 Kind	19.432	1.619	1.388
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.671	1.889	1.619
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.909	2.159	1.851

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (etwa durch Wohnen) werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Denn zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme: Bereits 2,037 Millionen Menschen (ein Viertel der österreichischen Bevölkerung) lebten zuletzt (2005) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. 2,016 Millionen ÖsterreicherInnen – ebenfalls ein Viertel der Bevölkerung – lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Das waren um fast 400.000 Personen mehr als noch 2004. 710.000 konnten es sich zuletzt (2005) nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 546.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 251.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten.⁴

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2003/2004“ erschien im Februar 2005

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, Mai 2007

³ ebenda, S.33

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 153

Treffen Einkommensarmut und Nichtteilhabe an zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, wird von Armut gesprochen. Wenn etwa auch keine angemessene Wohnung (etwa ohne Bad oder WC, schlechte Wohngegend) vorhanden ist, wenn Einschränkungen bei Heizung, Kleidung und Nahrung notwendig sind oder Zahlungsrückstände bestehen. Bei 422.000 (der mehr als 1 Million armutsgefährdeten) Menschen in Österreich zeigte sich 2005 neben dem unzureichenden Einkommen zusätzlich Deprivation in mindestens einer dieser Dimensionen. Diese Menschen befinden sich damit in manifester Armut.⁵

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. Im Jahr 2004 konnte laut EU-SILC mit 12,8% beziehungsweise 1,030 Millionen Menschen „keine Veränderung gegenüber 2003 beobachtet werden“.⁶ Im Jahr 2005 ergibt sich für Österreich eine Armutsgefährdungsquote von 12,3%, womit sie unter den Werten von 2003 und 2004 lag. Daraus kann jedoch nicht auf eine tatsächliche Abnahme der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „die Veränderung gegenüber 2004 liegt im Bereich der statistischen Zufallsschwankungen“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁷ Im längerfristigen Vergleich stieg die Zahl armutsgefährdeter Menschen in Österreich von 1999 bis 2005 real um rund 150.000 Menschen. Der Sozialbericht 2003/2004 räumt vorsichtig ein, dass „steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich“ sein könnten beziehungsweise ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was unter anderem mit dieser Arbeit versucht wird.⁸

Nicht nur in den Bundesländern, sondern auch zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen lassen sich Unterschiede bei der Armutsgefährdung feststellen. Überdurchschnittlich hoch (20 und mehr %) ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen in Ausbildung, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei Alleinerzieherinnen, Familien mit drei und mehr Kindern bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Und am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (46% aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeitarbeitslosen (43% bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 51% bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).

Armutsgefährdung in Kärnten

Die Zahl arbeitsloser Menschen stieg in Österreich von 194.300 im Jahr 2000 auf 239.200 im Jahr 2006, also um fast 45.000.⁹ Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 107.000 Personen im Jahr 2000 sogar auf über 180.000 im Jahr 2005 – eine Zunahme von etwa 73.000 Personen.¹⁰ Auch in Kärnten stieg die Zahl arbeitsloser Menschen in diesem Zeitraum von 15.500 auf 17.300 Personen im Jahr 2006¹¹ - ebenfalls eine Zunahme um etwa 1.800 Menschen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Kärnten ebenfalls von 1.065 Personen 2000 auf 1.185 Personen im Jahr 2004¹², also ein Plus von 11,3%.

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Danach waren in

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S 48

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.13

⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 15

⁸ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

⁹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹⁰ Vgl. APA0163 vom 17.10.2006

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹² Neuere Bundesländerzahlen sind noch nicht verfügbar

Kärnten 2004 13,1% der Bevölkerung (73.000 Menschen) armutsgefährdet. 2005 zeigt sich jedoch eine enorme Steigerung auf 16,3% der Bevölkerung bzw. 91.000 Menschen. Dabei ist aber stets eine gewisse statistische Schwankungsbreite zu beachten ist.¹³ Damit war die Armutsgefährdungsquote in Kärnten 2005 die höchste aller Bundesländer.¹⁴

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2005) durchschnittlich nur 7% und war damit nur halb so hoch wie der Durchschnitt von 12,5%.

Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

In den letzten Jahren wird eine neue Entwicklung aber zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „working poor“ bezeichnet werden. Personen, *„die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt“*.¹⁵

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat in Österreich gegenüber 1999 auch dadurch deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Erwerbstätigkeit nur 6%, 2005 bereits 7%; in Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit 1999 8 %, 2005 aber bereits 17%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit 1999 25%, 2005 bereits 28%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.¹⁶

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganztägiger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. *„Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“*, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.¹⁷

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmet dem Thema „Armutsgefährdung trotz Arbeit“ bereits ein ganzes Kapitel¹⁸ und stellt unter anderem fest: *„Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine*

¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 32

¹⁴ Etwas darunter waren die Bundesländer Burgenland (15,2%) und Tirol (14,0%)

¹⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

¹⁶ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

¹⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 45-51

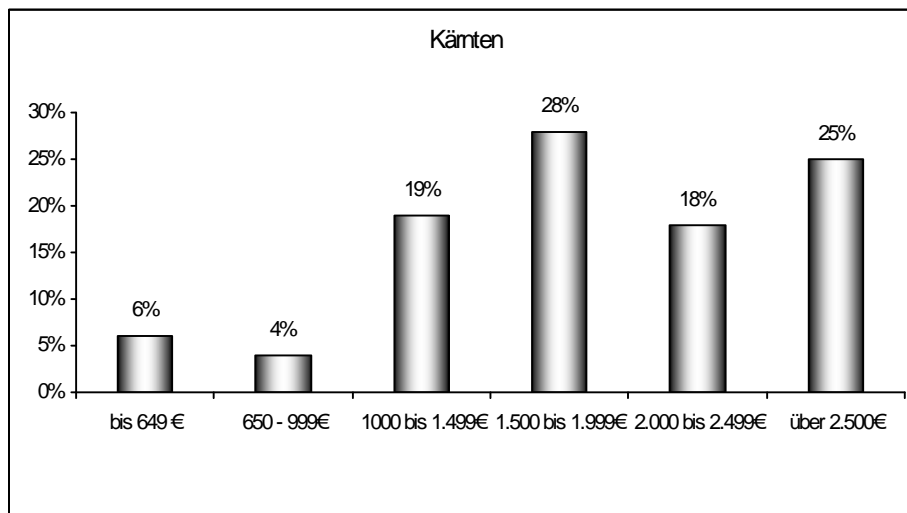
Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...“¹⁹ Auch die Folgeuntersuchung im Jahr 2005 widmet sich diesem Thema. 7% oder 249.000 erwerbstätige Personen waren 2005 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet. „Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind damit fast die Hälfte (45%) erwerbstätig.“²⁰ Vor allem in Einpersonenhaushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft auf 16% an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 19%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen zu finden²¹. Von den 528.000 in Österreich prekär Beschäftigten sind 316.000 (60%) Frauen.

Erwerbsbeteiligung und Erwerbseinkommen in Kärnten

Die Erwerbstätigenquote lag in Kärnten zuletzt (2005) mit 66,5% deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt (68,6%). Bei Männern betrug sie 74,4% (Ö: 75,4%), bei Frauen 58,6% (Ö: 62,0%). Die Erwerbstätigenquote in liegt damit in allen Bereichen weit hinter den anderen Bundesländern.²²

Die Befragung EU-SILC weist für Kärnten im Jahr 2005 auch aus, dass 10% der Erwerbstätigen in Kärnten ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat hatten und damit an beziehungsweise unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. Tatsächlich sind in Kärnten rund 20.000 Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit von Armut betroffen („working poor“).

Tab. 2: Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Kärnten 2005²³



Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist in Kärnten 2005 zwar leicht angestiegen (plus 2,5% im Jahr 2005 gegenüber 2004), noch stärker ist jedoch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten gewachsen (plus 9,1% allein im Jahr 2005 gegenüber 2004). 2005 hatten in Kärnten nur 55% aller ArbeitnehmerInnen (130.803 von 239.695) einen „Normalarbeitsplatz“, waren also ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienten in Kärnten 2005 nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der zirka 30.500

¹⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S. 46 und 48

²⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 35

²¹ Unter AkademikerInnen beträgt die Armutsgefährdungsrate ebenso wie bei Menschen mit max. Pflichtschulabschlüssen zwar ebenfalls 14%, es zeigt sich hier aber ein anderes Erwerbsmuster.

²² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 193-194

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.146

ganzjährig teilzeitbeschäftigten Frauen in Kärnten näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.

Über 64.000 (29%) ArbeitnehmerInnen in Kärnten waren 2005 nicht ganzjährig beschäftigt. Ihr durchschnittliches Erwerbseinkommen lag 2005 bereits deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgrenze. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 16%. Auf Kärnten umgerechnet sind damit im Jahr 2005 rund 11.800 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren. Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

Tab. 3: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Kärnten in Euro 2004 und 2005²⁴

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahres-einkommen		:14	
	2004	2005	2004	2005	2004	2005
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	82.437	84.663	26.265	25.585	1.876	1.828
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	4.214	4.539	13.920	13.672	994	977
nicht ganzjährig beschäftigt	40.624	40.843	8.402	9.142	600	653
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	45.124	46.140	19.697	19.815	1.407	1.415
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	27.847	30.451	10.570	10.928	755	781
nicht ganzjährig beschäftigt	23.759	33.058	4.852	4.999	347	357
gesamt:						0
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	127.561	130.803	23.978	24.993	1.713	1.785
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	32.061	34.990	11.010	11.289	786	806
nicht ganzjährig beschäftigt	64.383	73.901	7.092	7.289	507	521
	224.005	239.694	17.999	18.603		

Die berufliche Stellung entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen Frauen und Männern zeigt sich noch immer ein deutlicher Einkommensunterschied. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Diese werden noch immer hauptsächlich von Männern besetzt. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁵ Obwohl im Jahr 2005 55% der ArbeitnehmerInnen in Kärnten Männer und 45% Frauen waren, erhielten die Männer 67% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 33%, was etwa dem österreichischen Durchschnitt (66% und 34%) entspricht. 88.000 Kärntner Frauen (80 % der Kärntner Arbeitnehmerinnen) verdienten damit im Jahr 2004 zusammen etwa so viel wie die 10 % bestverdienenden männlichen Arbeitnehmer (etwa 13.000 Männer).²⁶

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige Frauen, bedingt durch ihre Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen und so weiter) wesentlich öfter nur

²⁴ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2004 und 2005

²⁵ vgl. dazu: ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S. 11

²⁶ vgl. dazu Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2004

geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2006 waren in Kärnten 73% aller geringfügig Beschäftigten Frauen (11.403 von 15.609)²⁷.

Eine wesentliche Ursache für die verringerte Erwerbstätigkeit der Frau sind Kinder. Mit steigender Kinderzahl wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%, lediglich bei Männern mit 3 oder mehr Kindern zeigt sich eine leicht verringerte Erwerbstätigenquote. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das Alter des jüngsten Kindes im Haushalt beziehungsweise das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.²⁸

Neben Alter und Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.²⁹

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt. In Kärnten gab es zuletzt (2004) beinahe 10.300 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig (ohne unselbständige Beschäftigung nebenbei) waren und dabei Einkommen von 10.000 oder weniger Euro pro Jahr auswiesen, womit sie sich an beziehungsweise unter der Armutsgrenze befanden.³⁰ Es waren dies überwiegend kleine Gewerbebetriebe, Land- und Forstwirtschaften.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei Haushalten mit einem Arbeitslosen deutlich - auf etwa 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 45% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³¹ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschelle auf.

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren in Kärnten 17.256 Personen arbeitslos, womit Kärnten nach Wien (9,3%) und dem Burgenland (8,5%) mit 7,9% die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer aufwies.³² Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (12%) und langzeitarbeitslosen (45%) Personen aus³³, so ist anzunehmen, dass in Kärnten im Jahr 2006 mindestens 2.100 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Kärnten (aber auch in Österreich insgesamt) unter der Armutsgrenze liegen.

²⁷ www.sozialversicherung.at

²⁸ mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

²⁹ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

³⁰ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 112 f. und 200 f.

³¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.49

³² www.ams.at Monatsfolder, Arbeitsmarkt aktuell Mai

³³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.42

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2006 bis zu 90, bei arbeitslosen Frauen bis zu 260 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2005 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen deutlich (um etwa 280 bis über 415 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann beziehungsweise wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Tab. 4: Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Kärnten 2006³⁴

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Im				
Männer	27,10	813,00 - 840,10	20,80	624,00 - 644,80
Frauen	21,40	642,00 - 663,40	16,20	486,00 - 502,20
insgesamt	24,80	744,00 - 768,80	18,80	564,00 - 582,80

bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld von Frauen in Kärnten dem österreichischen Durchschnitt von 21,50 Euro pro Tag entspricht. Männer liegen in Kärnten dagegen etwas über dem Durchschnitt von 26,70 Euro pro Tag. Bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittlich tägliche Bezug bei Frauen in Kärnten leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (16,40 Euro), bei Männern liegt er hingegen leicht darüber (20,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Kärntner Arbeitnehmer war 2006 um 27% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war um 28% höher als jene der Frauen. Dennoch ist das in den meisten betroffenen Haushalten nicht ausreichend um Armutsgefährdung zu verhindern.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung. 83% der im Jahr 2006 arbeitslosen Menschen in Kärnten hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.³⁵ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 14% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder eines mittleren Schulabschlusses beträgt sie 7%. Bei MaturantInnen und AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 5% unterdurchschnittlich.³⁶

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

³⁴ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

³⁵ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

³⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.36

Noch haben 32 % der Kärntnerinnen und Kärntner über 15 Jahren (etwa 150.000 Menschen) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss (66 % unter ihnen sind Frauen).³⁷ 233.000 (50 %) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Und 82.800 (18 %) hatten den Abschluss einer höheren Schule, Akademie, Hochschule oder Universität.³⁸ Damit ist die allgemeine Bildungsniveau der KärntnerInnen geringfügig besser als im österreichischen Durchschnitt.

Im Schuljahr 2004/05 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit 45,2 % aller SchülerInnen und Studierenden in Kärnten allerdings etwas unter dem österreichischen Durchschnitt (53,1 %).³⁹

40,6% aller Frauen in Kärnten (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige) (98.800 Personen) hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 23% (51.100) der Kärntner Männer. Im Bereich der höheren Bildung haben Frauen in Kärnten allerdings deutlich aufgeholt: hatten noch 1991 nur 12,5% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (15,1% der Männer), so waren es 2001 bereits 17,4% der Frauen (18,3% der Männer).⁴⁰

Soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelt erstmals auch die „intergenerationale soziale Mobilität“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigt sich in Österreich die soziale Selektivität des Bildungssystems. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht verändert hat.⁴¹

Ein Zusammenhang zeigt sich auch zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangen hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird „*der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.*“⁴² Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

³⁷ lt. EU-SILC 2004 hat sich dieser Anteil auf 29 % verringert

³⁸ vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Kärnten

³⁹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 4.09

⁴⁰ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.18

⁴¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

⁴² Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 63

Über 23.000 PensionistInnen in Kärnten weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Kärnten im Jahr 2005 jährlich 16.823 Euro (= zirka 1.202,- x 14) netto (Österreich: 17.792) betrug, betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Kärnten im Jahr 2005 nur 11.325 Euro netto (= zirka 809,- x 14) (Österreich: 12.051).⁴³

Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Kärnten bei Frauen um zirka 6% und bei Männern um 5,4% unter dem österreichischen Durchschnitt, damit insgesamt aber noch über der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder.

In Kärnten hatten 2005 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 50% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Waren die Frauen zumeist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 11.695 Euro. Waren sie dagegen nicht ganzjährig beschäftigt, dann betrug ihre Pension nur 4.846 Euro,⁴⁴ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Beschäftigung sowohl im Erwerbsleben wie auch in der Pension für Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit Armutsgefährdung bedeuten. 34% (etwa 21.800) der 64.900 Pensionistinnen in Kärnten hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁴⁵ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

Im Dezember 2006 hatten 18,5% (23.333 Personen) der PensionistInnen in Kärnten eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 249 Euro pro Monat in Kärnten⁴⁶) bekamen. Im Dezember 2006 beschloss der Nationalrat, den Ausgleichszulagenrichtsatz (für Einzelpersonen) ab 2007 auf 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich anzuheben, was allerdings nur der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2004 entspricht. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 – bei Einzelpersonen etwa um 45 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 65 Euro pro Monat. Zudem ist Kärnten das Bundesland, in dem die Ausgleichszulage den größten Anteil am Gesamteinkommen ausmacht. Damit waren 2006 immer noch 23.333 AusgleichszulagenbezieherInnen in Kärnten armutsgefährdet.⁴⁷ Frauen waren hiervon stärker betroffen, denn sie stellen knapp 70% dieser Gruppe dar.⁴⁸ Nicht entschärft wird die Situation dadurch, dass der Ausgleichszulagenrichtsatz auch für 2008 nur auf 747 Euro für Alleinstehende und 1.120 Euro für Paare angehoben wird und damit weiterhin unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2005 (um 21 Euro bei Alleinstehenden und 37 Euro bei Paaren) liegen wird.

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Kärnten alleinstehende Frauen. 25% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 19% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁴⁹ Haushalte von Alleinerzieherinnen (etwa 253.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (etwa 302.000 in Österreich)⁵⁰ sowie Pensionistinnen (etwa 416.000 in Österreich)⁵¹ stehen am unteren Ende der Einkommenskala in Österreich. In Kärnten sind knapp 54.000 erwachsene Frauen

⁴³ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005; sie weist 207.958 Frauen und 172.553 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

⁴⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005

⁴⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.12

⁴⁶ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 250 Euro pro Monat

⁴⁷ www.sozialversicherung.at, Sozialversicherung in Zahlen (August 2007)

⁴⁸ www.sozialversicherung.at, Sozialversicherung in Zahlen (August 2007)

⁴⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

⁵⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁵¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.43

unverheiratet, weitere 54.500 geschieden oder verwitwet.⁵² Etwa 44.100 Kärntnerinnen leben allein, 19.500 sind Alleinerzieherinnen.⁵³

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein durchschnittliches Armutsrisiko, wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Seit 1993 in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein Pflegegeld gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflegeleistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 2,80 Euro, in der aufwändigen Pflegestufe 7 auch nur 6,13 Euro.

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend um die tatsächlichen Aufwendungen für die Versorgung zu gewährleisten, wie die Debatte um die illegal in Haushalten beschäftigten Betreuungs- und Pflegekräfte offenbarte.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich allerdings sprunghaft (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegenotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen gerade bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sogenannter „verschämter Armut“. In Kärnten erhielten zuletzt (Dezember 2006) 27.600⁵⁴ Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben).⁵⁵ Mit einer Inanspruchnahme von 4,9% lag die Inanspruchnahme damit über dem Bundesschnitt von 3,7%. Mehr als die Hälfte von ihnen (58,3%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, der Bundesdurchschnitt liegt bei 55,6%.

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Kärnten im Jahr 2004 weitere 5.589 Menschen Landespflegegeld⁵⁶ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit fast 10 von 1000 EinwohnerInnen lag der Anteil der Bevölkerung, welcher Landespflegegeld bezog, auch hier über dem österreichischen Durchschnitt (7 von 1000).

Es gibt allerdings auch in Kärnten eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem oftmals

⁵² Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse 1, Kärnten

⁵³ Statistik Austria: Familien und Haushaltsstatistik 2005, S. 32

⁵⁴ Auskunft der Statistik Austria

⁵⁵ Dunja Petzi: 10 Jahre Bundespflegegeld Pflegevorsorge – ein statistischer Überblick, S. 250, in: Soziale Sicherheit 5/2003

⁵⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.225

Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen ab 70 Jahren (etwa 42.600)⁵⁷ ist in Kärnten beinahe doppelt so hoch als die Zahl jener, die tatsächlich Pflegegeld bezieht.

Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, Wohngemeinschaften zum Teil SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2004) wandte das Land Kärnten für die Alten- und Pflegeheime 4,2 Millionen Euro aus, 37,9 Millionen für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 19,9 Millionen Euro.⁵⁸

Armutsgefährdung von Haushalten mit pflegebedürftigen Menschen entsteht allerdings meist dadurch, dass die Erwerbstätigkeit pflegender Angehöriger eingeschränkt wird und/oder erhebliche Kosten für Pflegehilfe anfallen. Ein Großteil der Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in 80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) durch Angehörige (oder andere Personen; Anmerkung der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁵⁹ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und -bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁶⁰ Umgelegt auf Kärnten bedeutet das, dass 32.000 Personen durch etwa 29.500 Angehörige betreut und gepflegt wurden.⁶¹

Als private PflegehelferInnen fungierten laut der Untersuchung des Sozialministeriums vorwiegend Kinder, Schwiegerkinder und PartnerInnen. Die große und wachsende Zahl ausländischer Betreuungs- und Pflegekräfte wurde offenkundig nicht erkannt oder erfasst. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen arbeitete nur Teilzeit, verzichtete für diese Pflege auf Erwerbseinkommen und geriet deshalb in Armutsrisiko.

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Österreichische Raumordnungskonferenz geht davon aus, dass sich die Zahl von Menschen über 65 Jahren in Kärnten von derzeit (2006) rund 100.000 auf 150.000 im Jahr 2031 erhöhen wird bei gleichzeitiger Abnahme der Gesamtbevölkerung in Kärnten um 28.000. Die Zahl der über 85jährigen wird sich von derzeit rund 10.700 auf 21.600 mehr als verdoppeln.⁶² Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Pflegediensten und –einrichtungen beziehungsweise der für Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute entweder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte oder Familienmitglieder die Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

⁵⁷ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁵⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 08, S.225

⁵⁹ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁶⁰ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶¹ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, eigene Berechnungen

⁶² Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004, S. 116 ff.

Etwa 13.000 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich (26%) ist armutsgefährdet. 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen leben, nur 21% steht höheres zur Verfügung. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Verstärkt wird das geringe Einkommen in Haushalten mit Migrationshintergrund durch die klassische Rollenverteilung. Während etwa 43% der Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft erwerbstätig sind, liegt der Anteil von Frauen mit türkischer Staatsbürgerschaft bei lediglich 19%. Der Anteil an erwerbstätigen Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien entspricht hingegen dem österreichischen Durchschnitt.⁶³ Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute meist schwierig. „Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“⁶⁴

In Kärnten lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 32.000 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 5,7% der Bevölkerung. Weitere 17.800 eingebürgerte Kärntnerinnen und Kärntner (3,2%) waren im Ausland geboren.⁶⁵ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (27%) beziehungsweise Eingebürgerten (26%) heranzieht und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in Kärnten nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass in Kärnten etwa 13.300 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (4 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%)⁶⁶. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand beziehungsweise -kosten zurückgehen und die Frau wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden ist.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁶⁷ 57% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.

In Kärnten sind etwa 87.500 (2005) Kinder unter 15 Jahre⁶⁸ und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Kärnten lebten im Jahr 2005 etwa 30.300 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2005/06 befanden sich davon aber nur 12.800 Kinder in Krippen oder Kindergärten.⁶⁹ Das heißt, dass nur 42% der Vorschulkinder in Kärnten in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, aber 58% zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, und so weiter) betreut werden. Die größten Betreuungsmängel in Kärnten gibt es bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen 10,1% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert entspricht jedoch dem österreichischen Durchschnitt von 10,2% in dieser Altersgruppe.

⁶³ Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung, Mirkozensus 2006

⁶⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁶⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Kärnten, S.165

⁶⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁶⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁶⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, S.50

⁶⁹ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, S.70

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellt der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁷⁰ Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“⁷¹ Der Sozialbericht kommt daher zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“⁷²

In etwa jede vierte Familie mit Kindern in Kärnten ist ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (zirka 27.500 der zirka 107.300 Familien mit Kindern). In diesen Haushalten lebten zuletzt (2005) etwa 37.400 Kinder, 15.900 (42%) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 87% beziehungsweise 23.900 der alleinerziehenden Elternteile in Kärnten waren beziehungsweise sind Frauen mit zusammen 32.800 Kindern.⁷³

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2005) mit 27%⁷⁴ überdurchschnittlich hoch. Man kann davon ausgehen, dass daher zuletzt (2005) in Kärnten etwa 7.400 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 17.500 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet waren, davon etwa 6.500 Haushalte von alleinerziehenden Frauen (mit zusammen 15.300 Frauen und Kindern).

Mit 21%⁷⁵ überdurchschnittlich hoch ist auch die Armutsgefährdungsquote von Familien mit drei und mehr Kindern. Solche gab es in Kärnten zuletzt (2001) etwa 13.700 mit zusammen etwa 45.000 Kindern, von denen über ein Drittel (17.500) unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 70.000 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern.⁷⁶ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass in Kärnten etwa 14.700 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind⁷⁷, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten beziehungsweise überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

15% (270.000) der Kinder und Jugendlichen in Österreich leben in Haushalten, die armutsgefährdet sind. In Kärnten sind es mit 21% überdurchschnittlich viele. Das heißt: 27.000 Kinder und Jugendliche leben in Kärnten in Haushalten, die armutsgefährdet sind.⁷⁸

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus. Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise 35% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 55% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.⁷⁹

⁷⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁷³ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, S.151, eigene Berechnungen

⁷⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.40

⁷⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001, eigene Berechnungen

⁷⁷ eigene Berechnung

⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.142

⁷⁹ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen beziehungsweise Dienstleistungen des Bundes beziehungsweise der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Fast ein Drittel aller Einkommen in Kärnten kommen aus Sozialleistungen (11%) und Pensionen (19%). Für 170.000 KärntnerInnen (30% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.⁸⁰ Ohne Sozialleistungen wären nicht „nur“ 91.000, sondern 163.000 KärntnerInnen (28% der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm (ohne Pensionen wären es sogar 255.000 Menschen). 72.000 Menschen kommen in Kärnten durch Sozialleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus. Doch in Kärnten bleiben weiterhin 91.000 (16% der Bevölkerung) armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.⁸¹

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Kärnten also nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmengkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken öffentliche Abgabenerhöhungen armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits beziehungsweise höhere Belastungen der Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der trotz Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfällt als in vergangenen Aufschwungphasen.

Betroffen waren auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden erschwert, leistbaren Wohnraum beziehungsweise bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen im Schulbereich hat (auch durch die PISA-Tests aufgezeigt) zu wachsenden Bildungsmängeln geführt. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die Verdoppelung der Zuwanderung nach Österreich in den Jahren 2000 bis 2005 zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden kaum die entsprechenden Ressourcen für eine Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der tatsächlichen Armut sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen wachsende Lebenshaltungskosten. In den Jahren 2000

⁸⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.108 ff.

⁸¹ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.131

bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenorientierten Ansatz nicht berühren.“⁸² Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise seit dem Jahr 2000 bis 2005 mit 10,6% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind im gleichen Zeitraum überdurchschnittlich stark um 14,9% und Kosten für die Gesundheit um 13,7% gestiegen.⁸³ Allein die Großhandelspreise von Heizöl wurden in dieser Zeit um 34,1% teurer, von Koks und Kohle um 39,9%, von Obst, Gemüse und Kartoffeln um 26,3%.⁸⁴ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional.“⁸⁵ Zuletzt (im Oktober 2007) betrug die Inflation in Österreich 2,8 %. Der Pensionistenpreisindex wies sogar eine Steigerung von 3,1 % aus.

Tab. 5: Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Kärnten 2004/05⁸⁶

Ausgabengruppe		Haushalts-	Aquivalenz-
	in %	ausgaben	ausgaben
		in Euro	
Ernährung	13,9	333	211
Alkohol, Tabak	2,5	59	36
Bekleidung, Schuhe	6,0	144	93
Wohnen, Energie	22,2	534	351
Wohnausstattung	6,8	163	98
Gesundheit	3,1	75	48
Verkehr	16,8	403	245
Kommunikation	2,6	63	41
Freizeit, Sport, Hobby	10,4	249	160
Bildung	1,0	25	12
Hotel, Cafes, Restaurants	4,3	103	66
sonstiges	10,4	250	161
Ausgaben insgesamt	100,0	2.400	1.521

Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben waren in Kärnten zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich im unteren Bereich der Bundesländer. Allerdings liegen in Kärnten einige wichtige Bereiche über dem österreichischen Durchschnitt, wie etwa Ernährung, Bekleidung und Verkehr. Damit liegt die Kaufkraft Kärntens weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt.⁸⁷

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulschikurse) gehandelt hat, hat

⁸² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁸³ Im 1.Halbjahr 2006 gab es im Vergleich zum Referenzjahr 2005 einen Anstieg des Gesamtindex von 1,2%; die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind um 3,3% und für Gesundheit um 0,9% gestiegen.

⁸⁴ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 10.03 und 10.04

⁸⁵ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

⁸⁶ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 87-106; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

⁸⁷ APA0079 5 WI 0417

sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Wohnkosten in Kärnten

Die Wohnkosten sind in der Regel der größte Ausgabenposten von Haushalten. Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Kärnten (für entgeltlich genutzte Wohnungen) betrug zuletzt (2006) 338 Euro, lag damit um 7% unter dem österreichischen Durchschnitt (365 Euro) und war (nach dem Burgenland) der zweitniedrigste Wohnungsaufwand aller Bundesländer.⁸⁸ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) in Kärnten mit durchschnittlich 534 Euro pro Monat unter dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Kärnten wurden durchschnittlich 22,2% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).⁸⁹

Berufstätige hatten laut Mikrozensus in der Regel einen höheren durchschnittlichen Wohnungsaufwand (zirka 400 Euro monatlich) zu tragen als Nichtberufstätige (knapp 300 Euro monatlich). Selbständige, FacharbeiterInnen, Angestellte und BeamtenInnen, aber auch Familien mit Kindern, die überwiegend in Wohnungen mit 4 Wohnräumen wohnen, hatten durchschnittlich 442 Euro an monatlichen Wohnkosten. ArbeiterInnen und PensionistInnen sowie Ehepaare ohne Kinder, die meist Wohnungen mit 3 Wohnräumen bewohnten, hatten in solchen durchschnittlich 375 Euro an monatlichen Wohnkosten. Und Einpersonenhaushalte, die meist in Wohnungen mit 2 Wohnräumen leben, hatten in solchen Wohnungen durchschnittliche Wohnkosten von 303 Euro monatlich.

Rund 43.000 Kärntner Wohnungen waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.⁹⁰ In ihnen wohnten etwa 74.000 Menschen. Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen. Dennoch: Für 13% der KärntnerInnen (immerhin 76.000 Menschen) stellten die Wohnkosten zuletzt (2005) eine starke Belastung dar.

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2006 weist für Kärnten durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung zwischen 3,10 und 5,00 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 4,10 bis 6,00 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 595 und 911 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 785 bis 1.100 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren 2006 nicht unter 1.200 Euro/m² zu bekommen.⁹¹

Verlässliche Zahlen zur Wohnungslosigkeit in Kärnten gibt es nicht. Laut der „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ gab es in Kärnten 1999 209 reguläre Wohn-, Schlaf- und Notplätze für wohnungslose Menschen. Etwa doppelt so viele Menschen hatten nach Schätzungen der Caritas keine eigene Wohnung. Die Zahl der Kündigungs- und Räumungsverfahren betrug in Kärnten 2005 1.816, was einer Zunahme um mehr als 300 (oder etwa 20 %) gegenüber 1999 entspricht.⁹²

⁸⁸ www.statistik.at: Entgeltlich bewohnte Wohnungen

⁸⁹ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

⁹⁰ Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Kärnten, S.119

⁹¹ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

⁹² BM für Justiz – Anfragebeantwortung 3807AB XXII. GP

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmende Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Kärnten ein immer größeres Problem dar: 2006 wurden in Kärnten 734 Privatkonkurse (die dritthöchste Zahl aller Bundesländer) eröffnet mit einer durchschnittlichen Verschuldung von über 165.000 Euro. Kärnten liegt mit der Verschuldung privater Haushalte mit einer Gesamtverschuldung von 106,1 Millionen Euro im österreichischen Spitzenfeld (Platz 4) und hat zudem eine über dem Durchschnitt (130.000 Euro) liegende Verschuldung pro Fall. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Privatkonkurse weiter erhöht.⁹³

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau beziehungsweise Haus- oder Wohnungskauf.

Armut ist ein Gesundheitsrisiko

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen FachärztInnen weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, haben doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten beziehungsweise Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁹⁴

Neben dem Einkommen ist Bildung der wichtigste Faktor der sich auf die Gesundheit der Menschen auswirkt. Menschen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 50 bis 100% höheres Sterberisiko als HochschulabsolventInnen.⁹⁵ Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen auch (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.⁹⁶

Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der Wohnverhältnisse: 32% der Armen leben in Wohnungen mit undichtem Dach, Schimmel oder feuchten Wänden. Ein Fünftel verfügt über keine angemessene Heizmöglichkeit. Bei Kindern von Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern treten überproportional asthmatische Erscheinungen auf.

Kinder sind von Armut besonders betroffen, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit und psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.⁹⁷ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt,

⁹³ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, S.20

⁹⁴ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

⁹⁵ G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod

⁹⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 125

⁹⁷ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben, Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommensteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

Vom durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen der ArbeitnehmerInnen in Kärnten im Jahr 2005 von 23.769 Euro blieben 16.748 netto (knapp 1.200 Euro monatlich x 14). 3.213 Euro (oder 13,5%) wurden als Lohnsteuer einbehalten.⁹⁸

Die 135.775 Pensionen in Kärnten (durchschnittliche Höhe 16.619 Euro brutto jährlich) wurden 2005 mit durchschnittlich 10,8% (1.792 Euro) Lohnsteuer besteuert.⁹⁹

30.636 Personen wiesen in Kärnten zuletzt (2004) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 1,188 Mrd. Euro aus, von denen 379 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren.¹⁰⁰ Sie mussten im Jahr 2004 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe von durchschnittlich 38.778 Euro durchschnittlich 31,9% (12.370 Euro) an Lohn- und Einkommensteuer bezahlen. Weitere 16.448 Personen wiesen kein zu versteuerndes Einkommen aus.

⁹⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.157

⁹⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.168

¹⁰⁰ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S.45

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen Körperschaftsteuer. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁰¹ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftssteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2007 mit 5,5 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2002) 5.466 „Veranlagungsfällen“ in Kärnten waren 3.027 Unternehmen (oder 55%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 45% (oder 2.439) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus.¹⁰² Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von ca. 552 Mio. Euro (= durchschnittlich 182.374 Euro pro Betrieb) auf, von dem knapp 159 Mio. Euro (28,7%) an Körperschaftssteuer (= durchschnittlich etwa 52.433 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 45% aller Kärntner Unternehmen (2.439) wiesen Verluste bzw. kein zu versteuerndes Einkommen aus.¹⁰³

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als Kapitalertragsteuer abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezüge aus Wertpapieren durch die kontoführende Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Tab. 6: Durchschnittliche steuerliche Belastung von Einkommen in Kärnten

Art der Einkünfte	Letzte Erhebung	Durchschnittliche Höhe des zu versteuernden Einkommens in Euro pro Fall und Jahr	Steuer in %
Pension	2005	16.619	10,8%
Arbeitnehmereinkommen	2005	23.769	13,5%
Kapitaleinkünfte			25,0%
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	2004	38.778	31,9%
Gewinn aus unternehmerischer Tätigkeit	2002	182.374	28,7%

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftssteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise.

Natürliche Personen werden in Österreich 2007 an Lohnsteuer voraussichtlich 19,0 Mrd. Euro, an Einkommensteuer mit 2,7 Mrd. Euro und an Kapitalertragsteuer für Zinsen mit 1,5 Mrd. Euro bezahlen. Das sind zusammen 23,2 Mrd. Euro. Juristische Personen werden 2007

¹⁰¹ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

¹⁰² Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2002, S.40 f.

¹⁰³ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, S.97ff.

voraussichtlich 5,5 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und weitere 900 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das sind zusammen 6,4 Mrd. Euro.

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die Umsatzsteuer wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 20,9 Mrd. Euro 2007 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2007 mit 5,36 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,65 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,4 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2007 mit 5,08 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 31,3 Mrd. Euro im Jahr 2007 fast 50% der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als ein sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Ausgehend davon, dass die Verbrauchsausgaben in Kärnten zuletzt (2004/05)¹⁰⁴ um 5,5% unter dem österreichischen Durchschnitt lagen, kann angenommen werden, dass die Kärntner Bevölkerung pro Jahr etwa 2 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern bezahlt. Das sind durchschnittlich etwa 3.600 Euro pro Kopf und Jahr.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen 2007 nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen des Finanzministers aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„*Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche*“ und „*ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen*“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der

¹⁰⁴ Statistik Austria: Konsumerhebung 2004/05

Hypo Investmentbank Liechtenstein veröffentlicht wurde, welche Österreich als „steueroptimalen Wohnsitz“ für Reiche empfahl.¹⁰⁵

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die Kapitalertragsteuer die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2005 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 1.674 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2005 mit 2,07 Mrd. Euro bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,12% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer werden 2008 endgültig auslaufen.

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der Grundsteuer besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wodurch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁰⁶

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Der Gemeindefinanzbericht 2005 gab die Erträge aus der Grundsteuer für 2004 mit 430,7 Mio. Euro an.¹⁰⁷ Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 53,8 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert liegt aber bei etwa 640 Mrd. Euro, ist also um das Zwölfwache höher.¹⁰⁸ Es kann angenommen werden, dass auf Kärnten rund 30 Mio. Euro jährliche Grundsteuereinnahmen entfallen.

Die Bodenwertabgabe soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2007 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben haben diese

¹⁰⁵ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steueroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, Vaduz 2003

¹⁰⁶ Hypo Investment Bank, S.14

¹⁰⁷ Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbericht 2005

¹⁰⁸ Vgl. ÖGPP: „Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“

für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2007 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der Grunderwerbsteuer wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2007 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 630 Mio. Euro geschätzt.

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich knapp 1,1 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 640 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2% p.a.

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden – je nach Schätzung – an die 3.000 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro Steuer schonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“*.¹⁰⁹ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren *„erheblichen steuerlichen Erleichterungen“*.¹¹⁰ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch *„Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich“*, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹¹¹ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftssteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so wird dies auch durch den möglichen Wegfall der Schenkungssteuer geschehen. Denn damit könnten Vermögen künftig völlig steuerfrei in Stiftungen eingebracht werden. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert.

Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend: Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner

¹⁰⁹ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“

¹¹⁰ wie oben, S.11

¹¹¹ wie oben, S.16

Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Ende 2004 betragen die Steuerrückstände der Selbständigen und Unternehmen (bei der Umsatz-, Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer) nach Angaben des Finanzministeriums etwa 2,494 Mrd. Euro.¹¹² Vorgeschriebene Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005. Im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe damals auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹¹³ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab für heuer einen Betrag von 21,1 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹¹⁴

5. Zusammenfassung

Es ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

Gegenüber 1994 (2,6 Mrd. Euro) ist der Ertrag aus den Vermögenssteuern in Österreich für den Finanzminister im Jahr 2007 lediglich um 0,7 Mrd. (auf 3,3 Mrd.) Euro bzw. 27% gestiegen. Der Anteil der Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen des Bundes ist von 7 auf 5% zurückgegangen.

Die Lohnsteuer ist im gleichen Zeitraum dagegen um 9,2 Mrd. Euro oder 94% auf 19 Mrd. Euro gestiegen, die „Unternehmenssteuern“ Einkommen- und Körperschaftssteuer sind um knapp 4,4 Mrd. Euro oder 114% auf 8,2 Mrd. Euro gestiegen. Insgesamt tragen Steuern auf Arbeit (Lohn-, Einkommen-, Körperschaftsteuer) 2007 mit zusammen 27,2 Mrd. Euro bereits 43% zu den Steuereinnahmen des Finanzministers (63,2 Mrd. Euro) bei (1994 waren es noch knapp 35%).

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern sind sogar seit 1994 um 12,5 Mrd. (auf 31,3 Mrd.) Euro bzw. 56% gestiegen. Sie tragen heuer knapp 50% bei (1994 waren es noch 55%).

In der Steuerstruktur Österreichs hat sich somit eine deutliche Verschiebung ergeben: Steuern auf Erwerbseinkommen tragen einen deutlich wachsenden Anteil aller Steuern bei. Der Anteil der indirekten Steuern (Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern) ist nach wie vor sehr hoch, aber rückläufig. Bereits sehr gering aber trotzdem rückläufig ist der Anteil der Vermögenssteuern.

¹¹² APA0265, 25.8.2005

¹¹³ APA0386, 20.3.2002

¹¹⁴ APA0428, 15.12.2003

Reichtum nimmt auch in Kärnten zu

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt und was Armut ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“*¹¹⁵ Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹¹⁶ Als Menschen *„mit hohem Einkommen“* zählen in Deutschland Personen, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügen (1998 waren das 23% der dt. Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der letzte österreichische Sozialbericht tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen ja eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „hohe Einkommen“ beginnen (2004 wären das in Österreich 33.940 Euro verfügbares Nettoeinkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „Reichtumswahrscheinlichkeit“ besteht, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2004 67.880 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel netto verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als reich, als „Millionär“.

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in Kärnten im Jahr 2005 zumindest 26.000 (6,9%) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen (Arbeitnehmerentgelte und Pensionen) als hoch einzustufen.¹¹⁷ In Österreich waren es 9%. Diese rd. 26.000 Personen bekamen knapp 22% der gesamten lohnsteuerpflichtigen Einkommens- und Pensionssumme. Etwa 2.300 Kärntner ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen darunter konnten sogar als

¹¹⁵ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

¹¹⁶ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

¹¹⁷ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S. 157 und 168, eigene Berechnung

einkommensreich bezeichnet werden. Das waren 0,6% der Lohnsteuerpflichtigen (Ö: 0,8%). Sie bekamen zusammen 3,6% aller Einkommen und Pensionen.

2002 – drei Jahre zuvor - waren in Kärnten erst rund 17.000 (5,0%) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen, die zusammen erst 20,5% aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa 1.800 von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹¹⁸ Das heißt, die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Kärnten innerhalb dieser drei Jahre um etwa 9.000 Personen zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um 500. Ihr Einkommen hat um 30% oder etwa 450 Euro zugenommen. Die durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen stiegen in dieser Zeit dagegen nur um 9% brutto, die Pensionen um 10% brutto. Mit anderen Worten: wer schon gut verdiente, dessen Einkommen ist in den letzten Jahren weit stärker gestiegen als das Durchschnittseinkommen. Die Einkommensschere hat sich deutlich geöffnet.

Die Einkommensteuerstatistik 2004 weist in Kärnten 2004 etwa 5.500 Personen aus, die ein hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen hatten.¹¹⁹ Das waren 17 % aller rd. 30.600 selbständig (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten 52% (636 Mio. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (1,226 Mrd. Euro) auf sich. Etwa 1.700 (insg. 5,7%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 31% der zu versteuernden Einkommen (mehr 383 Mio. Euro). Die Zahl der Menschen mit hohem einkommensteuerpflichtigen Einkommen hat sich in Kärnten gegenüber 2001 um etwa 500 Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um knapp 13% (oder 72 Mio. Euro) gestiegen.¹²⁰

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, vor allem auch Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Eine weitere interessante Quelle, die konkrete Hinweise über Reichtum gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er konzentriert sich allerdings nicht auf die laufenden Einkommen, sondern auf die vorhandenen Geldvermögen. Und er weist für Österreich im Jahr 2005 rund 67.700 Dollar-MillionärInnen aus, also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,8% der Bevölkerung Österreichs.¹²¹

Umgelegt auf Kärnten (knapp 7% der öst. Bevölkerung) würde das etwa 4.600 „Dollar-Millionäre“, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Der Report geht davon aus, dass ihre Zahl von 2005 bis 2010 in Europa um knapp 20% zunehmen wird. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.¹²²

Wenn sich die Situation in Kärnten nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rd. 4.600 KärntnerInnen 2005 also Geldvermögen von durchschnittlich 2,8 Mio. Euro bzw. zusammen knapp 13 Mrd. Euro. Das

¹¹⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S. 139 und 149

¹¹⁹ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2004, S. 112

¹²⁰ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2001, S. 104

¹²¹ www.at.capgemini.com

¹²² Zuletzt TREND, 1.7.2007, S.74

war doppelt so viel als sämtliche Kärntner ArbeitnehmerInnen 2005 brutto verdienten. Wenn die Prognosen des Reports eintreffen, wird sich die Zahl dieser Reichen bis 2010 auf etwa 5.500 erhöhen und ihr Geldvermögen wird auf mehr als 15 Mrd. Euro ansteigen.

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹²³ gibt diesen Reichen seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden und befinden sich etliche KärntnerInnen: darin scheinen bekannte Namen wie Flick, Horten, Haselsteiner, Glock oder Puck..

Die reichsten KärntnerInnen (geschätztes Vermögen in Euro)¹²⁴

Name	Platz	Vermögen	Firma
Die Flick-Erben (4 Kinder)	2	7,2 Mrd. Euro	
Horten, Heidi	6	3,5 Mrd. Euro	
Kaufmann Michael & Brüder	16	1,4 Mrd. Euro	Frantschach-Papier
Haselsteiner, Hans Peter	19	1,3 Mrd. Euro	Strabag
Glock, Gaston	50-100	100-300 Mio.	Gaston Glock GmbH
Hirsch Hermann	50-100	100-300 Mio.	Hirsch Armbänder
Puck, Wolfgang	50-100	100-300 Mio.	Fine Dining Group

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die Kärntner Wirtschaft 2004 brutto 2,9 Mrd. Euro.¹²⁵ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Kärnten 24.992 Gebäude, die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer“ ergibt sich ein Gebäudewert von etwa 3,2 Mrd. Euro.¹²⁶

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Kärnten außerdem 12.809 Wohnungen aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienen. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein Gebäudewert von etwa 340 Mio. Euro.¹²⁷

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs –

¹²³ TREND, 1.7.2004 und 1.7.2007

¹²⁴ Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt

¹²⁵ vgl. Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

¹²⁶ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

¹²⁷ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Kärnten waren Ende 2006 96.728 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹²⁸ Die Land- und Forstwirtschaft war davon Fahrzeughalter von 34.676 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von etwa 240 Mio. Euro, die anderen Kfz der Wirtschaft von zusammen etwa 435 Mio. Euro, zusammen also einen Wert von etwa 675 Mio. Euro.¹²⁹

Die Bruttowertschöpfung der Kärntner Wirtschaft betrug 2003 rd. 11,9 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (2,27 Mrd. Euro), das Realitätenwesen, die Vermietung und unternehmensbezogene Dienstleistungen (1,65 Mrd. Euro) sowie der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (1,24 Mrd. Euro).¹³⁰

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹³¹ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 8.911 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Kärntens (im Jahr 2005) ein Wert von etwa 17,2 Mrd. Euro.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4 % p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Kärnten von etwa 12,2 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Kärnten von derzeit etwa 5,5 Mrd. Euro.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Kärnten ist aktuell mit rd. 35,1 Mrd. Euro zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

Die Wertschöpfung der Kärntner Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2003) 309 Mio. Euro, was 2,6% des Bruttoregionalproduktes betrug.

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden

¹²⁸ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹²⁹ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

¹³⁰ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2007, Kap. 37.09

¹³¹ APA0452, 24.2.2004

müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Kärnten errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 15.309) bei einer durchschnittlichen Größe von 87,5 m² einen durchschnittlichen Wert von 1.069 Euro/m² (im Jahr 2005). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 104.419) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 119,2m² ein Durchschnittspreis von 1.274 Euro/m² (im Jahr 2005).¹³² Daraus ergab sich 2005 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Kärnten von etwa 1,4 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 15,9 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 17,3 Mrd. Euro.

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 455.266 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2006 registriert waren. Von diesen waren 96.728 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 2.939 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 356.580 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.¹³³ Legt man einen Neuwert eines Pkw/Kombi mit durchschnittlich 20.000 Euro und eine Nutzungsdauer von 10 Jahren sowie einen Wertverlust gemäß AfA zugrunde, so ergibt sich der Wert der PKW/Kombi in Kärnten 2006 von knapp 1,1 Mrd. Euro.

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Kärnten schätzungsweise 350 Mio. Euro. Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 14.000 Menschen in Kärnten - verändert sich dadurch jedes Jahr die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

Humanvermögen

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹³⁴ Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 59% der AkademikerInnen und 40% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 14% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹³⁵

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen KärntnerInnen geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt liegt, dass allerdings problematisch ist, dass der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen mit etwas unter dem österreichischen Durchschnitt liegt.¹³⁶

¹³² Zahlen aus: Statistik Austria: „Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001“, Wien 2006, S.140, S.17, sowie Immobilienpreisspiegel 2005

¹³³ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2006, S.299

¹³⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹³⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2004, Wien 2005, S. 84

¹³⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2006, Kap. 4.09

Zusammenfassung

Die Untersuchungen zeigten:

- Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen, der Arbeitslosen, der Empfänger von Sozialhilfe ist in den letzten Jahren auch in Kärnten deutlich gestiegen. In Kärnten waren zuletzt (2005) 91.000 Menschen oder 16,3% der Bevölkerung armutsgefährdet. Das war die höchste Armutsgefährdungsquote aller Bundesländer.
- Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut. Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat deutlich zugenommen. Vor allem neue Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganztägiger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. 10% der Kärntner Erwerbstätigen hatten 2005 ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat. In Kärnten lebten zuletzt (2005) etwa 20.000 „working poor“, Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet oder arm sind.
- 2005 hatten nur mehr 55% der Kärntner ArbeitnehmerInnen einen „Normalarbeitsplatz“, waren also ganztätig vollzeitbeschäftigt. Fast ein Drittel der Kärntner ArbeitnehmerInnen (29% bzw. 64.000 Menschen) war 2005 nicht ganztätig beschäftigt.
- Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ca. 30.000 ganztätig teilzeitbeschäftigten Frauen in Kärnten näherte sich 2005 bereits der Armutsgefährdungsschwelle.
- Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut. Kärnten hatte 2006 die dritthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Kärnten unter der Armutsgrenze. 2.100 Haushalte waren aufgrund von Arbeitslosigkeit 2006 armutsgefährdet.
- Bildung verringert das Armutsrisiko. Das allgemeine Bildungsniveau der KärntnerInnen ist geringfügig besser als der österreichische Durchschnitt. Der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen liegt allerdings unter dem Durchschnitt.
- Über 23.000 PensionistInnen in Kärnten sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen.
- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Die Inanspruchnahme des Bundes- und Landespflegegeld liegt in Kärnten zwar über dem Bundesdurchschnitt, dennoch werden der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht, wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die deutliche Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen wird das Problem weiter verschärfen. Schätzungsweise 32.000 Menschen werden in Kärnten durch etwa 29.500 Angehörige gepflegt.
- Ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Kärnten leben etwa 13.000 MigrantInnen, die armutsgefährdet sind.
- Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Nur 42% der Vorschulkinder sind in Kärnten in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In Kärnten leben schätzungsweise mehr als 32.000 Erwachsene und Kinder in

Alleinerzieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern in armutsgefährdeten Haushalten. Überdurchschnittliche viele Kärntner Kinder und Jugendliche – 27.000 (oder 21 %) - leben in armutsgefährdeten Haushalten. Das ist deutlich mehr als der Bundesdurchschnitt (15 %).

- Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung. Für 170.000 Kärntnerinnen und Kärntner (30 % der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen wären nicht 91.000, sondern 163.000 Kärntnerinnen und Kärntner (28 % der Bevölkerung) nicht nur armutsgefährdet, sondern tatsächlich arm. 91.000 KärntnerInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern. Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Einnahmensenkürzungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben lagen in Kärnten zuletzt unter dem Bundesdurchschnitt. Einige wichtige Ausgabenbereiche (wie Ernährung, Verkehr und Bekleidung) lagen allerdings über dem österreichischen Durchschnitt.
- Die Wohnkosten liegen in Kärnten zwar unter dem österreichischen Durchschnitt, werden aber dennoch von 13% der Bevölkerung (76.000 Menschen) als starke Belastung empfunden.
- Verschuldung erhöht die Armutsgefährdung stark. Kärnten wies 2006 die dritthöchste Zahl verschuldeter Haushalte unter allen Bundesländern auf.
- Armut ist ein Gesundheitsrisiko. Ärmere Menschen sind statistisch gesehen häufiger krank, vor allem arbeitslose und alleinerziehende Menschen.
- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Kärnten.
- Einkommen werden sehr unterschiedlich hoch besteuert. Steuerlich deutlich entlastet wurden in den letzten Jahren lediglich Körperschaften. Am höchsten werden in Kärnten die Einkommen der Selbständigen besteuert. Die Umsatz-, Verbrauchs- und Verkehrssteuern machen die Hälfte aller Steuern aus, nehmen aber auf die persönliche Leistungsfähigkeit kaum Rücksicht. Äußerst gering werden Vermögen, Grund und Boden besteuert. Österreich und auch Kärnten sind Steuerparadiese für Vermögende. Steuern auf Einkommen und deren Verwendung erbringen in Summe 93 %, Steuern auf Vermögen nur 5 % aller Steuern auf.
- Reichtum nimmt auch in Kärnten zu. Die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen (mehr als 200 % des Medianeinkommens) hat in den Jahren 2001 bis 2005 um rund 9.500 (auf etwa 31.500) zugenommen. Ihre Einkommen sind um etwa 30 % (und damit mehr als dreimal so stark als der Durchschnitt) gestiegen. Etwa 4.000 von ihnen verfügen über ein Jahresnettoeinkommen von mehr als 70.000 Euro. In Kärnten leben schätzungsweise auch 4.600 Menschen mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar (ca. 740.000 Euro). Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befinden sich auch etliche KärntnerInnen.
- Eine Bewertung der Sachvermögen in Kärnten (Betriebsvermögen der Wirtschaft und Landwirtschaft, Gebrauchsvermögen) zeigt ebenfalls, welche Milliarden-Werte in vorhanden sind.

Quellenhinweise:

AMS: Arbeitsmarktdaten

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

G. Doblhammer-Reiter: Soziale Ungleichheit vor dem Tod, in: Wiener Seniorengesundheitsbericht, Wien 1996

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2006, Wien, Jänner 2007

Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Öst. Gesell. für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Öst. Raumordnungskonferenz: ÖROK-Prognosen 2001-2031, Wien 2004

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Sozialministerium: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien, August 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistiken 2001 und 2004, Wien

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2005, Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2006

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2005/2006, Wien, Juni 2006

Statistik Austria: Konsumerhebungen 1999/2000 und 2004/05, Wien

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2001, 2002, 2004 und 2005, Wien

Statistik Austria: Mikrozensus 2002, 2006

Statistik Austria: Statistische Jahrbücher 2006 und 2007

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Kärnten, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Kärnten, Wien, November 2004

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2006

www.ams.at

www.statistik.at

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 25. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Kärnten“:

Dr. Andreas Höferl, Publizist und Historiker, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, Soziologin und Politologin, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit,
wie der Bank Austria Creditanstalt und der Wiener Städtischen Versicherung

**Bank Austria
Creditanstalt**

WIENER 
STÄDTISCHE

VIENNA INSURANCE GROUP